



SCHWEIZERISCHES KONSULAT
KÖLN

KÖLN-Marienburg, den 27. Mai 1949.

Goethestrasse 66

Telephon: 5 10 22

Postscheck: 607 39

Telegramm-Adresse: Swissconsul Köln

Sprechstunden: 10-12 Uhr

ausser Samstag.

Unser Ha 1 - vW/Ba.

Ihr p.



Herr Minister, *NM*

97-BG
30.5.49
Wm
aa

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist am 23. Mai, nachmittags 5 Uhr, in Bonn im Auftrage des Parlamentarischen Rates durch dessen Präsidenten in feierlicher Sitzung verkündet worden. Es ist mit Ablauf des Tages in Kraft getreten, wenn auch die obersten Bundesorgane noch nicht gebildet sind. Die obersten Bundesorgane sind der Bundespräsident, der durch die Bundesversammlung gewählt wird, der Bundestag und die Bundesregierung. Der Bundestag besteht aus 400 Abgeordneten, die Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten wählt, aus den Mitgliedern des Bundestages und einer gleich grossen Zahl von Vertretern der Landtage, die nach dem Verhältniswahlssystem gewählt werden. Wann die Bundestagswahlen stattfinden werden, steht noch nicht fest. Das vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Gesetz für die erste Wahl zum Bundestag ist von den Militärgouverneuren noch nicht genehmigt worden. Anlässlich eines Besuches, den mir Herr Präsident Dr. Adenauer heute abstattete, teilte er mir vertraulich mit, dass der französische Gouverneur auf Anweisung seiner Regierung Schwierigkeiten mache, insbesondere weil angeblich das Grundgesetz mit einer so kleinen Mehrheit verabschiedet worden sei. Man kann trotzdem annehmen, dass in den nächsten Tagen die Genehmigung erfolgt. Voraussichtlich werden dann die Wahlen am 10. oder 17. Juli stattfinden.

Der Schlussakt des Parlamentarischen Rates in Bonn, dem ich beiwohnte, spielte sich, wie bereits erwähnt, in einer feierlichen Atmosphäre ab. Die Spannungen und Krisen der vergangenen neun Monate schienen überwunden. Der Kampf der

An das

Eidgenössische Politische Departement,
Politische Angelegenheiten,

B e r n

Jeder Anfrage ist Rückporto beizufügen.
In einem Brief nur eine Angelegenheit behandeln.

Geister ruhte. Unter Orgelklängen traten die Ratsmitglieder, Minister- und Landtagspräsidenten, einer nach dem andern an den Tisch, auf dem die Verfassungsurkunde lag, um ihre Namen unter das historische Dokument zu setzen. Es war alles viel bedeutsamer, als wenn es sich nur um ein nüchternes "Verwaltungsstatut" gehandelt hätte.

Die feierlichen Veranstaltungen, innerhalb deren die Verkündung des Grundgesetzes erfolgte, war nach der Aussage von Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, die auch an der Verkündung der Weimarer Verfassung teilgenommen haben, feierlicher und würdevoller als diese. Offensichtlich hatte das Empfinden mitgesprochen, dass das Bonner Grundgesetz, auch wenn es früher oder später durch eine für ganz Deutschland gültige Verfassung abgelöst wird, Grundsätze und konstruktive Gedanken enthält, die über den Tag hinaus Geltung haben. Die Verbindungsstäbe gaben dem Parlamentarischen Rat am 24. Mai ein Diner, bei dem offiziell die Fahne schwarz-rot-gold neben der amerikanischen, englischen und französischen Fahne gezeigt wurde und der Leiter des federführenden Verbindungsstabs ein Hoch auf die Bundesrepublik Deutschland ausbrachte.

Von den 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates verweigerten nur die zwei Kommunisten ihre Unterschrift. Sie hätten ihre Opposition auch durch Fernbleiben bekunden können, aber sie legten Wert darauf, auch in der letzten Minute noch ihr Nein zu sprechen. Zum Schluss der Verkündigungsfeier sangen die Versammelten stehend - nur die beiden Kommunisten blieben sitzen - das Lied "Ich hab mich ergeben". Ursprünglich sollte während der Unterzeichnung das sogenannte Kaiserquartett von Joseph Haydn, dem die Melodie "Deutschland über alles" zu Grunde liegt, gespielt werden. Nach Protesten der Kommunisten und Sozialdemokraten hat man die Melodie jedoch vom Programm gestrichen, allerdings erst 45 Minuten vor Beginn der Unterzeichnungszeremonie. Der sozialdemokratische Abgeordnete Professor Ludwig Bergsträsser äusserte, die SPD habe die Streichung der Melodie aus dem Programm gefordert, weil man sonst unerwünschte Zwischenfälle habe befürchten müssen. Viele würden das Spielen der Melodie möglicherweise

falsch gedeutet haben. Der Sozialdemokrat Dr. Otto Suhr aus Berlin meinte, das Lied wäre taktlos gegenüber den Alliierten gewesen, und die Nationalhymne hätte den Anschein erweckt, dass es sich dabei auch um Deutschlands neue Nationalhymne handle. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Westdeutschland, Max Reimann, führte die Absetzung "dieses Liedes deutscher imperialistischer Reaktion, dieser Provokation aller friedliebenden Völker in der Welt" auf seine Intervention zurück.

Die Festsitzung, die am Tage der Pariser Aussenministerkonferenz stattfand, war der bisher grösste Tag in der Geschichte Bonns. Der Plenarsaal erwies sich als viel zu klein, um alle zu fassen, die dem feierlichen Akt beiwohnen wollten. Hinter dem Stuhl des Präsidenten Dr. Konrad Adenauer hing von der hohen Decke eine grosse schwarz-rot-goldene Fahne herab. Auch vom Dach des Gebäudes wehten zwei Flaggen der neuen Bundesrepublik, während vor dem Haus lange Flaggen der elf westdeutschen Länder im vollen Sonnenschein leuchteten. In seiner Festansprache sagte Präsident Dr. Adenauer unter anderm: "Dieses Grundgesetz verdankt sein Dasein der freien Entschliessung des deutschen Volkes. Darum soll es uns allen ein heiliger Besitz sein, ein Besitz, den wir wahren, hegen und ausbauen wollen, durchdrungen von der Verantwortung vor Gott und den Menschen, die uns die Jahre seit 1933 in besonderer Weise auferlegt haben." Dr. Adenauer war sichtlich bewegt. Dem früheren Reichstagspräsidenten Löbe, der als Berliner Vertreter der SPD an den Bonner Beratungen teilnahm, traten bei der Unterzeichnung Tränen in die Augen.

Wenn auch nach der Wahl des Bundestages dieser das Recht hat, eine andere Stadt zum Sitz der Bundesregierung zu bestimmen, so ist doch nicht anzunehmen, dass er eine Änderung vornehmen wird. Frankfurt und die Sozialdemokratische Partei agitieren zwar immer noch sehr gegen den Beschluss des Parlamentarischen Rates, aber es ist nicht anzunehmen, dass diese Agitation irgendwelchen Erfolg haben wird, nachdem vor allen Dingen auch der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, Herr Kolb, der, obwohl er in Bonn-Beuel geboren ist, sich mit

grösstem Eifer für Frankfurt einsetzte, in einem Interview zu erkennen gegeben hat, dass man in Frankfurt die Wahl Bonns zur Hauptstadt nunmehr anerkennt und sich mit dieser Tatsache abgefunden hat. Die Frage des Sitzes der Bundeshauptstadt beschäftigte naturgemäss die Abgeordneten am vergangenen Montag lebhaft. Die Pariser Aussenministerkonferenz und die Vorbereitungen für die künftige Bundesregierung waren daneben die Hauptgesprächsthemen. Einer der Abgeordneten, Dr. Schäfer (FDP) meinte, die Frage sollte nun endlich begraben sein. Professor Dr. Carlo Schmidt, der Hauptsprecher der Sozialdemokraten nickte dabei zustimmend.

In Bonn wird mit Hochdruck gearbeitet, um alles nötige herzurichten. In den feierlichen Akt in Bonn hinein dröhnte das Getöse der Baumaschinen, die rund um das Haus herum für die Erweiterung des Baues arbeiten, das in Zukunft die beiden Kammern des Bundes beherbergen sollen. Die Landesregierung hat bereits erhebliche Geldbeträge der Stadt Bonn für den Bau von Verwaltungsgebäuden und Wohnungen im Zusammenhang mit der kommenden westdeutschen Regierung zur Verfügung gestellt.

Die Verhandlungen in Paris werden wie gesagt, mit Aufmerksamkeit deutscherseits verfolgt. Auf Wunsch der westlichen Alliierten ist ein Ausschuss, zum Teil aus Ministerpräsidenten der Länder, zum Teil aus Mitgliedern des Parlamentarischen Rates bestehend, gebildet worden, der den westlichen Alliierten als beratendes Organ zur Verfügung stehen soll. Nach Paris wird der Ausschuss nicht gehen. Die deutschen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, stehen geschlossen auf dem Standpunkt, dass nur eine Einheit Deutschlands in Freiheit für sie in Frage kommt, dass alles andere abzulehnen ist. Sie sind der Auffassung, dass, solange das Sowjet-russische Regime in der Ostzone dauert, dort von Freiheit und Demokratie keine Rede sein kann.

Nach der Schlussitzung des Parlamentarischen Rates fand im Hotel Königshof ein grosser Empfang statt, an dem die Mitglieder des Rates unter Führung des Präsidenten, Herrn Dr. Adenauer, sämtliche Ministerpräsidenten der Länder, ein Vertreter des französischen Generals König, der aus Berlin eingetroffen war, der Gouverneur von Nordrhein-Westfalen General Bishop und

Mitglieder der Regierung von Nordrhein-Westfalen und viele andere bekannte Persönlichkeiten teilnahmen. Ich hatte Gelegenheit, mit einer ganzen Anzahl der Anwesenden zu sprechen, und auch hier gewann ich den Eindruck, obwohl die Wahl als provisorische Bundeshauptstadt seiner Zeit vom Bundestag bestätigt werden soll, diese Wahl schon heute als gesichert betrachtet werden kann.

Eine Entscheidung darüber, ob und wann die belgische Besatzung Bonn und Godesberg verlassen wird, ist noch nicht gefallen. Die Belgier werden selbstverständlich sehr ungern ihre Garnisonen aus diesen Städten zurückziehen. Nach einer Bestätigung Bonns als Bundeshauptstadt durch den Bundestag werden wohl hierüber nicht die Belgier allein, sondern die Alliierten endgültig entscheiden. Bei dem ausserordentlich grossen Bedarf an Wohnungen wird die jetzige belgische Besatzung die hunderte von Häusern in diesen beiden Städten für die Unterbringung von belgischen Offizieren und Mannschaften mit ihren Familien beschlagnahmten, sicherlich räumen müssen.

Der Geburtstag der Bundesrepublik wird von vielen Deutschen trotz des unleugbaren Fortschritts, den diese Staatsgründung gegenüber dem Vakuum der vergangenen Jahre darstellt, noch nicht als Festtag begangen werden, weil noch immer die Barriere des Eisernen Vorhangs quer durch Deutschland gezogen ist und Millionen Deutschen keinen Anteil nehmen können an den ersten tastenden Schritten selbständiger deutscher Politik und daher für ihr Bewusstsein das heiss erkämpfte erste Verfassungsgesetz ein Torso bleibt. Da die kommunistisch regierte Ostzone ausser allgemeinen propagandistischen Vorschlägen bisher keinen Beitrag für die Verfassung eines einheitlichen Deutschlands liefern konnte, so fragt man sich hier, warum nicht etwa das westdeutsche Grundgesetz als Ausgangsbasis für die demokratische Verfassung Gesamtdeutschlands gewählt werden sollte.

Es ist ein Gremium aus Mitgliedern des Parlamentarischen Rates und Ministerpräsidenten gebildet worden, das die technischen Überleitungsarbeiten jetzt vornehmen soll und das gleichzeitig

den sehr umfangreichen Gesetzgebungsstoff, der Bundestag und der Bundesregierung harrt, vorbereiten soll.

Beim Nordwestdeutschen Rundfunk in Hamburg sind in den letzten Tagen im ganzen 51 Angestellte und zwar meist solche in sehr gut bezahlten Stellungen gekündigt worden. Diese Kündigungen, die überraschend kamen, haben ausserordentliches Aufsehen erregt, und die Presse sprach allgemein von einer Krise des Nordwestdeutschen Rundfunks. Generaldirektor Dr. Grimme, ein früherer preussischer und niedersächsischer Minister, sah sich gezwungen, zu den zahlreichen Gerüchten Stellung zu nehmen. Er tat dies bezeichnender Weise vor der Presse in Köln, wobei die Presse in Hamburg durch eine sogenannte Korrespondenzschaltung angeschlossen war. Ein Teilnehmer an der Besprechung erzählte mir, dass Dr. Grimme einem Kreuzfeuer der Pressevertreter ausgesetzt war, wie es sehr selten er erlebt habe. Dr. Grimme gab zu, dass sich der NWDR in einer sehr ernsten Lage befinde, aber keineswegs in einer katastrophalen. Von einer finanziellen Krise könne nicht die Rede sein, wenn auch eine straffe Haushaltsführung notwendig geworden sei. Es müssen sehr merkwürdige Zustände beim Rundfunk in der britischen Zone geherrscht haben; denn Grimme erklärte, dass bis vor kurzem kein eigentlicher Etat, der Einnahmen und Auslagen bis auf die letzte Mark aufzeige vorhanden war, sondern nur ein sogenannter Bewirtschaftungsplan, der für bestimmte Sparten bestimmte Summen vorsah. Nach einer Randbemerkung, die ein Mitglied des Verwaltungsrates machte, verdient der Oberportier des NWDR Hamburg monatlich 1000 Mark, ein Gehalt, das nur wenige der anwesenden Journalisten beziehen. Mit Nachdruck betonte Grimme, die Gefahr bestehe, dass sich im Rundfunk Personen einnisten, bei denen das Gefühl für die eigene Unzulänglichkeit überkompensiert werde durch die Lust an der Destruktion und an der Intrige. So sei im Rundfunk eine vergiftende und vergiftete Atmosphäre entstanden. Grimme forderte den inzwischen zurückgetretenen

Programmdirektor Schütz auf, seine Behauptung, im Hause des NWDR Hamburg seien Abhörmikrophone eingebaut worden, öffentlich zu beweisen. An diesem ungeheuerlichen Vorwurf sei kein Wort wahr. Im NWDR Hannover sind Misstände aufgedeckt worden, die jetzt den Staatsanwalt beschäftigen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Generalkonsul

Mem.
P.S. Ich lasse diesem Bericht Nummer 1 des in Bonn am 23. Mai 1949 herausgegebenen Bundesgesetzblattes, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in seiner endgültigen offiziellen Fassung enthält, beiliegend folgen.

✓ 1 Beilage

D.O.
[Signature]